

# SICHERHEITSPOLITIK:«Wir können Lücken in der Armee nicht einfach mit Frauen füllen»

**Der Bundesrat prüft eine Dienstpflicht für Frauen. Das stösst auf Kritik von links und rechts. Für einen Sicherheitsexperten ist klar: Die Armee muss nicht grösser, sondern besser werden.**

von

**Claudia Blumer**

**Daniel Graf; 20 Minuten; 06.03.2022**

## Darum gehts

- Der Bundesrat prüft bis Ende 2024 eine Ausdehnung der Dienstpflicht auf Frauen. Der Personalbestand in Armee und Zivildienst soll langfristig gesichert werden.
- Ebenfalls will er den Orientierungstag künftig auch für Frauen obligatorisch machen und die Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz wird ebenfalls geprüft.
- Politiker von links und rechts kritisieren die Inklusion der Frauen zum jetzigen Zeitpunkt. Sie müssten als «Lückenbüsserinnen» herhalten, sagt SVP-Nationalrat Thomas Hurter.
- Ein Sicherheitsexperte sagt, die Armee müsse nicht unbedingt grösser werden, sondern besser.

Die Armee bemüht sich darum, mehr Frauen in ihren Reihen zu haben, mit einigem Erfolg. Ein Beispiel ist die junge Militärdienst-Leistende **Nina Gustin**, die 20 Minuten von ihren Erfahrungen erzählte.

Nach dem Einmarsch Russlands in der Ukraine rüsten die westlichen Länder auf – auch in der Schweiz fordern Bürgerliche eine massive Aufstockung des Rüstungsbudgets und **mehr Personal für die Armee**. Nun kommt der Bundesrat dem nach – **oder prüft zumindest**, wie er den Militär-Etat langfristig erhöhen könnte.

Vertieft geprüft werden **zwei Varianten**:

- Eine «**Sicherheitsdienstpflicht**» sähe eine Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz in einer neuen Organisation vor. Dadurch werde sichergestellt, dass Armee und Zivilschutz längerfristig genügend Personal haben.

- Die «**bedarfsorientierte Dienstpflicht**» würde die Dienstpflicht auf Frauen ausdehnen. Es würden aber nur so viele Personen rekrutiert, wie Armee und Zivilschutz benötigen, nämlich rund die Hälfte aller männlichen und weiblichen Stellungspflichtigen. Damit würde der Rekrutierungspool verdoppelt.

Schon heute ist der Bundesrat davon überzeugt, den Orientierungstag, der heute nur für Männer gilt, die ins dienstpflichtige Alter kommen, auch für Frauen obligatorisch zu machen.

### **«Eher Hürden im Zivildienst erhöhen»**

Ob die Schweiz und die europäischen Länder überhaupt aufrüsten sollen, aufgrund der Ereignisse in der Ukraine, ist umstritten. Es gibt auch Stimmen, die eher auf Zugeständnisse gegenüber Russland setzen, denn auf militärische Stärke. So sagt **ein Experte zu 20**

**Minuten:** «Verhandlungen mit Russland könnten den Krieg womöglich beenden.»

Auch Sicherheitspolitiker in der Schweiz beurteilen den Entscheid des Bundesrats kritisch.

SVP-Nationalrat Thomas Hurter (SH), Mitglied der Sicherheitspolitischen Kommission (SiK), begrüsst zwar die Zusammenlegung von Zivildienst und Zivilschutz, die er schon seit Jahren gefordert habe. Das sei bis jetzt verhindert worden mit Blick auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten von Bund und Kantonen, sagt Hurter.

Hingegen halte er den Entscheid, die Dienstpflicht im Bedarfsfall auf Frauen auszuweiten, für aktuell nicht dringend notwendig. «Wir haben je länger je mehr einen Unterbestand in der Armee. Jetzt will man das Problem mit den Frauen lösen. Das finde ich nicht richtig.»

Längerfristig befürworte er jedoch eine verstärkte Inklusion der Frauen in der Armee. Aber nicht, um eine Lücke zu füllen. «Dafür müssten viel eher die Hürden zum Zivildienst erhöht werden.»

### **«Erst modernisieren, dann ausweiten»**

Auch Ständerat Mathias Zopfi (Grüne), Mitglied der sicherheitspolitischen Kommission (SiK), hält das Ansinnen, die Armee zu vergrössern, zum jetzigen Zeitpunkt für verfehlt. Natürlich bedrohe der Krieg in der Ukraine auch die Schweiz, sagt er. Diese Bedrohung sei aber nicht dergestalt, dass man in absehbarer Zeit mit russischen Truppen an der Grenze rechnen müsse, sagt er. Die bürgerlichen Forderungen nach mehr Rüstungsausgaben wirkten auf ihn verfrüht, nicht fundiert und eher wie politische Wunschträume. Auch ein Sicherheitsexperte warnt davor, jetzt voreilige Schlüsse zu ziehen (siehe unten).

«In der Nacht auf heute hat ein Atomkraftwerk in der Ukraine gebrannt – da scheint mir die Frage dringender, wie wir uns gegen die Gefahr einer erhöhten Radioaktivität oder gar eines nuklearen Unglücks wappnen können», sagt der Politiker aus Glarus. Derzeit bestehe hier eine ungleich grössere Gefahr für ganz Europa. «Und dies ganz unabhängig davon, ob die russischen Streitkräfte gezielt ein AKW beschiessen würden. AKW sind schlicht nicht dafür gebaut, einem Krieg standzuhalten. Das macht mir Sorgen.»

Betreffend der Frauen-Inklusion in der Armee sagt Zopfi: Diese Frage könne man diskutieren, doch es gebe einige Gründe dagegen. Etwa, dass die Frauen heute einen grossen Teil der Care-Arbeit und damit schon einen Dienst an der Gesellschaft leisteten. Ohnehin sei zuerst die Frage zu klären, ob eine Dienstpflicht überhaupt noch zeitgemäss sei. «Sonst besteht die Gefahr, dass man ein veraltetes Modell auf die ganze Bevölkerung ausweitet.»